

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Hauptpostamt 2 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk., zusätzlich Abzug 15 Pfg. Alle Verkäufe sind bar. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelhefte 10 Pfg. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 8.



Angabenpreis: Die 8spaltige Raumzeile 20 Goldpfennige, die 2spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennige, die 3spaltige Reklamazeile im textlichen Teil 100 Goldpfennige. Nachmittagsgebühr 20 Goldpfennige. Vertriebspreis: 10 Pfg. pro Stück. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 8.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Charandt, Finanzamts Rossen.

Nr. 268. 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonnabend, 15. November 1924.

Die Müden.

Wir wird von all dem Zeug so dumm,
Als ging' mir ein Mühlrad im Kopf herum.
So wird mancher Deutsche, besonders manche deutsche Frau können, wenn sie sich bemühen, den Kandidaten irgendeiner Partei nicht deswegen zu wählen, weil man ihn etwa im Mai schon gewählt hat oder weil die Nase des Kandidaten besonders gefäht, sondern weil der Wähler sich ein Urteil bilden wollte, auf Grund dessen am 7. Dezember nun der Stimmzettel abgegeben werden soll. Es ist schwierig genug, sich ein solches Urteil zu bilden; aus Wahlversammlungen gewinnt man es sicher nicht. Es ist genau wie in jener bekannten Anekdote, als König Friedrich Wilhelm I. von Preußen einmal einer Gerichtsverhandlung beiwohnte; als der Anklagevertreter seine Rede beendigt hatte, sagte der König: „Der Mann hat recht“, — und als der Verteidiger seine Rede geschlossen hatte, da hieb der König mit der Faust auf den Tisch und rief: „Der hat ja auch recht!“ Da man bekanntlich bei allen Parteien im Wahlkampf nicht nur fürchtbar kämpft, sondern vor allem die größten und unmöglichsten Versprechungen macht, so kann man den oben zitierten Stoßfänger des wieder einmal zur Wahl verurteilten Staatsbürgers schließlich verstehen.

Es wird auch ein bißchen viel gewählt im lieben Deutschen Reich landauf, landab. Wir haben so viele Vertretungen jeder Art vom Vertriebsrat bis zum Reichstag, daß erstens eine Menge Menschen von der ganzen Wählerlei leben und daß zweitens eine Wahl immer in Vorbereitung ist und jedesmal von ihr behauptet wird, daß sie eine entscheidende Stunde“ bedeute. Und von allen Wahlen wird das gesagt, immer mit demselben Brustum der Überzeugung.

Nun hat der Deutsche ja auch einiges andere zu tun, als sich ein politisches Urteil zu bilden. Erstens ist das außerordentlich schwer, verlangt also sehr viel Zeit und — die haben wir alle nicht. Dann sind wir aber durch die Einleitung zur Reichsverfassung alle miteinander zu Mitgliedern eines souveränen Volkes geworden und da bleibt nichts anderes übrig, als die Rechte, die damit verknüpft sind, nun auch auszuüben. Man hört so oft das Wort: „Ich lese grundsätzlich keine Zeitung, besesse mich grundsätzlich nicht mit Politik, gebe grundsätzlich in keine Wahlversammlung“ — und der Betreffende, der sich außerordentlich groß dabei vorkommt, merkt gar nicht, wie lächerlich er sich damit macht. Der Parlamentarismus mit allen seinen Entartungen soll die Entschuldigung dafür hergeben oder die Parteien; ebenso grundsätzlich erklärt man dann aber: „Ich wähle überhaupt nicht“. Im alten Athen hatte man für derartige Leute die Bestimmung, daß sie durch ein Scherbengericht außer Landes verwiesen, verbannt wurden, wenn sie keine Partei ergriffen. Auch bei uns sind freilich nicht so weitgehende, aber doch immerhin den Kern der Sache treffende Gedanken veröffentlicht worden, die die Wahlpflicht einführen wollen.

Schließlich sind nicht die Institutionen, also das Parlament und die Parteien, Dinge an sich, sondern sie werden beeinflusst und gestaltet durch die Menschen, die sie tragen. Und wenn man erklärt, man wolle nicht wählen zu einem Parlament, mit dessen Mitgliedern man nicht zufrieden ist, so liegt es ja an dem Herrn Wähler, darüber zu befinden, das zu ändern. Er hat ja Auswahl genug in den vielleicht 40 Parteien, die sich dem Wähler empfehlen. Die Vertretung des souveränen deutschen Volkes hat nun einmal die Macht, die Geschichte der Parteien oft entscheidend zu beeinflussen; also muß ein jeder auch seinen Einfluß ausüben, weil er sonst wirklich jede Berechtigung verliert, als Nichtwähler hinterher „große Töne zu reden“. Es ist ein müder Spruch: Verstehen heißt Verzeihen. Gewiß kann man sich von manchen Erscheinungen des politischen Lebens angeekelt fühlen, das ist verständlich. Aber doch längst nicht verzeihlich. Dadurch werden die Dinge nicht besser, daß man sich von ihnen wendet, sondern daß man sie anpackt und — besser macht.

Verkleinerung der Repko.

Auszug aus dem Hotel Astoria.

Die Reparationskommission in Paris erläßt eine Veröffentlichung über ihren Umbau, welcher dadurch notwendig geworden ist, daß nach der Londoner Reparationsregelung die bisher sehr beträchtlichen Bezüge der Kommission stark beschnitten worden sind. Die Hauptdelegierten sind künftig nicht mehr verpflichtet, in Paris ihren ständigen Wohnsitz zu haben. Sie werden nur noch zur Teilnahme an den periodischen Tagungen nach Paris kommen und statt der bisherigen Riesengebälter nur noch Tagegelder erhalten. Viele Beamtenposten der Reparationskommission werden vollständig aufgehoben. Andere Dienste, wie das juristische Bureau, werden eingeschränkt. Die Delegationen Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens müssen künftig ihre Kosten auf 200.000 Franc jährlich beschränken. Die Kommission muß sich schon in nächster Zeit nach einer neuen Unterkunft umsehen, da das Hotel Astoria am 31. Januar 1925 geräumt werden muß.

Stresemann für Verständigung

Die Dortmunder Rede.

Dortmund, 13. November.

Heute begann hier die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei. Unter den zahlreichen bekannten politischen Persönlichkeiten befand sich auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der zur Eröffnung der Beratungen eine Rede von überaus großer Bedeutung hielt. Dr. Stresemann betonte die überaus große Veränderung zu Deutschlands Gunsten, die im Ruhrgebiet seit der Zeit vor einem Jahre eingetreten sei. Weiter führte er aus, das Ziel der deutschen Politik könne nur in loyaler und sachlicher Zusammenarbeit mit dem Auslande liegen. Dafür sei zunächst Voraussetzung die Räumung der noch besetzten Teile an der Ruhr und der Brückenköpfe von Düsseldorf und Duisburg.

Im weiteren Verlauf der Rede pries der Redner den Erfolg der Politik der Mitte, wandte sich gegen Hochschätzung und hob den Wert wirtschaftlicher Zusammenarbeit hervor.

Aus dem Wortlaut der Rede.

Bergegenwärtigen Sie sich unsere Lage, wie sie heute vor einem Jahre war und wie sie heute ist. Nach dem Abbruch des opferreichen Ruhrkampfes fanden im November 1923 die alliierten Länder, insbesondere das damalige Frankreich, unseren Bemühungen um gütliche Beilegung des gefährlichen Konflikts noch verständnislos und ablehnend gegenüber. Wohl niemand von uns hätte damals die Hoffnung zu äußern gewagt, daß im November 1924 Dortmund von fremden Truppen befreit, die baldige Räumung des Ruhrgebietes gesichert, die Einheit zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland wiederhergestellt und die deutsche Wirtschaft wieder in geregelte Bahnen geleitet sein würde.

Das Ziel der deutschen Außenpolitik kann nur sein, in loyaler und sachlicher Zusammenarbeit mit dem Auslande überall für die wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnisse unseres Volkes Verständnis zu schaffen. Problem für Problem zu bereinigen und so für Deutschland die Stellung wiederzuerlangen, die ihm zukommt. Die Welt wird und muß einsehen, daß ein freies und gesundes Deutschland im Herzen Europas eine unerlässliche Voraussetzung für Fortschritt und Gedeihen aller Völker ist. Wir haben keine andere Möglichkeit, als Schritt für Schritt unteren mühevollen Weg zu gehen. Blendende Erfolge und sofortige Endergebnisse darf niemand erwarten, der über ausreichenden Wirklichkeitsinn verfügt. Die abfällige Kritik, die vielfach nicht nur an dem Londoner Pakt selbst, sondern auch an seiner Durchführung geübt worden ist, wird den Tatsachen nicht gerecht. Ich muß hier in voller Objektivität feststellen, daß der Geist der Verständigung und Versöhnung, der die Londoner Konferenz und insbesondere unsere schwierigen Verhandlungen mit den

französischen und belgischen Staatsmännern beherrschte, sich weiter als fruchtbringend erwiesen hat, und daß unser Vertrauen in die Vertragstreue unserer Gegenkontrahenten nicht getäuscht worden ist. Wir schöpfen aus der bisherigen prompten Erfüllung der von der Gegenseite übernommenen Verpflichtungen das Vertrauen, daß auch die in näherer oder fernerer Zukunft fällig werdenden Zusagen in derselben Weise erfüllt werden. Hierzu gehört die Räumung der außerhalb des Vertrages von Versailles besetzten Gebiete, also des Restes des Ruhrreviers und der Brückenköpfe von Düsseldorf und Duisburg. Hierzu gehört ferner die vertragsmäßige Räumung der ersten Zone des abbesetzten Gebiets. Die rechtzeitige Räumung dieser Zone wird die beste Probe aufs Exempel sein.

Bei der Besprechung der im Gange befindlichen Handelsvertragsverhandlungen sagte der Minister, alle maßgebenden Kreise in Deutschland seien voll überzeugt, daß unser Zollsystem sich auf einer gemäßigten Basis halten müsse, und fuhr fort:

Die besondere Wichtigkeit, die den Verhandlungen mit Frankreich zukommt, ist darin begründet, daß es sich hier darum handelt, die politische Entspannung, die durch das Londoner Abkommen eingeleitet worden ist, nicht nur nicht zu gefährden, sondern im Gegenteil zu erhalten und zu kräftigen. Eine wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich wird eines der wichtigsten Werkzeuge für eine Besriedung Europas in den nächsten Jahrzehnten sein.

Der Reichsaussenminister verbreitete sich dann noch über die Frage der Militärkontrolle und des Völkerbundes. Ein gänzlich entwaffnetes Volk wie Deutschland könne inmitten eines stark gerüsteten Europas auch als Mitglied des Völkerbundes unmöglich auf das letzte Schutzmittel verzichten, das ihm durch das Recht auf Neutralität gewährt wird. Er hoffe aber, daß man im Wege der gegenseitigen Aussprache schließlich doch zu einer Einigung auch über diesen schwierigen Punkt gelangen werde.

Das Echo aus Frankreich.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 14. November. Die Rede Dr. Stresemanns findet hier eine geteilte Aufnahme. Der „Matin“ wird durch Zusammenhänge beunruhigt, die der Außenminister zwischen den Fragen der Militärkontrolle, der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen herzustellen sucht. „Gaulois“ mißt der Stelle von der Reichsbegünstigung im Handel große Bedeutung bei. Das Blatt schreibt dem Außenminister eine gewisse Hinterhältigkeit zu. Die deutsche Regierung beabsichtige, mit den Mächten, die an den Reparationen interessiert sind, einen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf auszufechten, um dabei so große materielle Vorteile zu erringen, daß sie in den im Dawes-Gutachten vorgesehenen Sachleistungen und Barzahlungen ausgeglichen würden.

Wetterzeichen in Spanien.

Paris, 14. November. Über die Vorgänge in Spanien erzählt der Korrespondent des „Daily Express“ in San Sebastian folgende Einzelheiten: Trotz der überaus scharfen Zensur beginnt man allmählich klar zu sehen. Die Erklärung, in der König Alfonso behauptet, daß er die Diktatur angenommen habe, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, findet keinen Glauben mehr. In Katalonien und Navarra gährt es in einem großen Teil der Armeen, die im Begriff sind, die Front zu wechseln. Die Befreiung des Generals Beranger, der bekanntlich eine Festungstrafe verbüßt, steht bevor. Trotz der Hinrichtungen, die in Barcelona erfolgten, ist die ausländische Bewegung nicht unterdrückt. Zahlreiche Sozialisten, Republikaner und Liberale sind in Barcelona, Saragossa und Madrid verhaftet worden. Am letzten Montag und Dienstag wurden abermals 152 Personen ins Gefängnis gesteckt.

Zürich, 14. November. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Madrid: Die Prinzen und Prinzessinnen des Königshauses haben Spanien verlassen und sind aus Auslandstreffen gegangen. Der König ist entschlossen, in Madrid zu bleiben. Acht Korpskommandeure und 32 Stabsoffiziere haben dem neuen Diktator die unbedingte Treue versichert.

Vertagte Regierungsbildung in Oesterreich.

Wien, 14. November. In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses war der Bundeskanzler Dr. Seipel noch nicht in der Lage, einen Vorschlag für die Neubildung der Regierung zu machen, obwohl die eine Bedingung der Einigung mit den Eisenbahnern erfüllt ist, weil die Verhandlungen mit den Parteien noch nicht die Voraussetzungen für eine angestrebte Fort-

setzung des Sanierungsprogramms ergeben haben. Auf Wunsch des Bundeskanzlers vertagte sich der Hauptauschuss auf den Tag der nächsten Sitzung des Nationalrates, voraussichtlich nächsten Dienstag, so daß die Lösung der Regierungskrisis vorher nicht zu erwarten ist.

England und die Vereinigten Staaten.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 14. November. Sir Auckland Geddes hielt gestern vor einer großen Versammlung in Westminster, an der auch Baldwin und Balfour teilnahmen, eine bedeutende Rede über die Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten. Er wies besonders auf die große Gefahr hin, die für England entstehen könne, wenn die Vereinigten Staaten weiter ihren Einfluß auf Kanada ausdehnen. Dieser sei bereits schon jetzt erheblich stark, stärker als der Einfluß des Mutterlandes. Diese Gefahr bestehe auch für die übrigen Dominionen. England müsse daher mit allen Mitteln auf die Zusammenarbeit aller englisch sprechenden Nationen hinarbeiten.

Ein politischer Mord in Brüssel.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 14. November. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Brüssel ist der bekannte Gewerkschaftsführer und Vorsitzende des belgischen Staatsarbeiterverbandes Gillet gestern abend in Brüssel ermordet worden. Von den Tätern fehlt bis her jede Spur. Man glaubt, daß es sich um einen politischen Mord handelt. Mehrere tausend Arbeiter sind gestern vor dem Hause des toten Führers vorgezogen. Außerdem haben sie beschlossen, bis Montag in den Streik zu treten.